

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/161 - 22. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Ein erfreulicher Schritt vorwärts Gedanken nach dem VI. Kongreß der Sozialistischen Internationale	75
3 - 4	Das Feld der Bildung (III) Von Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages	92
5	Die Krise der UMR Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	44
6	Quo vadis Castro? Kuba am Kreuzweg seiner Revolution	36

* * *
* *

Ein erfreulicher Schritt vorwärts

sp - Ein Teil der bundesrepublikanischen Presse gefiel sich in ihrer Berichterstattung über den Verlauf der VI. Tagung der Sozialistischen Internationale in Hamburg in der Behauptung, daß in den Diskussionen um die zentralen politischen Probleme einige gegensätzliche Auffassungen zutagegetreten wären. Diese Beobachtung wurde von einer Anzahl von Blättern nicht ohne eine gewisse Genugtuung zum charakteristischen Merkmal der Tagung erklärt. Offensichtlich ist eine solche Berichterstattung oberflächlicher Natur. Niemand kann bei der komplizierten Frage, beispielsweise der europäischen Sicherheit, erwarten, daß es bei der Verschiedenartigkeit der Situationen, in der sich gerade die sozialistischen Parteien Europas in nationaler Hinsicht befinden, eine völlig einheitliche Auffassung ergeben könnte. Trotzdem hat gerade die Diskussion über dieses Problem zu einer wichtigen Klärung jener oft geäußerten Behauptung geführt, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihren europäischen Sicherheitsvorstellungen auch im Lager der sozialistischen Partei isoliert dastehe. Diese vielgehörte Behauptung wurde durch den Verlauf der Hamburger Tagung eindeutig widerlegt, und gerade die Haltung der französischen und niederländischen Sozialisten im Hinblick auf eine Entspannungspolitik konturierte nur umso deutlicher die Festigkeit und Klarheit der gemeinsamen Sicherheitskonzeption der deutschen Sozialdemokratie und der britischen Labour-Party.

Diese deutsch-britische Übereinstimmung ist in Wirklichkeit das hervorragende Merkmal der Hamburger Tagung, das jedoch nicht zufällig entstanden ist, sondern seit dem IV. Kongreß der Sozialistischen Internationale vom 12. bis 16. Juli 1955 in London eine allmähliche Herausbildung erfahren hat. Damals begannen die sozialistischen Parteien Europas zu erkennen, daß sie ihre Bemühungen um die Herbeiführung einer friedlichen internationalen Atmosphäre intensivieren müßten. Demzufolge lautete auch der damalige Beschluß über die internationale Lage: "Die Aufrüstung ist eine Folge des Mißtrauens und der politischen Spannungen. Darum müssen die Bemühungen um eine politische Entspannung und die Arbeiten der Abrü-

stungskommission parallel fortlaufen". Aus dieser grundsätzlichen Einsicht heraus hat sich seitdem die Politik der Labour-Party Englands und der Sozialdemokratie in Deutschland in konsequenter Weise um die Herbeiführung einer internationalen Entspannung bemüht. Die Erkenntnis, daß schon das Vorhandensein von Atomwaffen die Sicherheit gefährde und Atomwaffenvorräte entgegen ihrer Zweckbestimmung die absolute Unsicherheit im Weltmaßstab heraufbeschworen, wurde immer klarer. Demzufolge konnte es nicht ausbleiben, daß die ernsthafte Bemühung um die Herbeiführung einer europäischen Sicherheit immer mehr den Gedanken eines "disengagements" (eines Auseinanderrückens der Machtblöcke und der Einrichtung kontrollierter Entspannungszonen als Schritte zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung) in Erwägung zog. Bereits im Juli 1958 wurde die Politik dieses "disengagements" von der Mehrheit der sozialistischen Parteien gebilligt, als der Generalrat in seiner Ansicht über die Wiedervereinigung Deutschlands bekannt gab, daß die Disengagement-Politik einen Beitrag zu diesem Zweck bilden könnte.

Die britische Labour-Party und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben sich seitdem ernsthaft um die Ausgestaltung einer solchen Politik bemüht. Es entspricht nur einer in der Sache liegenden Konsequenz, wenn daraus die Forderung nach atomwaffenfreier Zone in Europa und der Vorschlag erwuchs, unter Ausnehmung der Großmächte USA und UdSSR, ein Abkommen zwischen allen anderen Mächten zu treffen, auf die unabhängige Herstellung und den unabhängigen Besitz von Kernwaffen unter einem wirksamen System der Inspektion und der Kontrolle zu verzichten.

Indem sich die politischen Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten und der englischen Arbeiterpartei in solch fruchtbarer Weise durchdringen, werden sie zu einer wirklichen Alternative zu der Politik des "Kalten Krieges". Sie zeichnet sich dadurch ganz besonders aus, daß sie von einem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der ganzen Menschheit getragen ist. In den Bemühungen um Überwindung der internationalen Spannung und der Herbeiführung eines Zustandes weltweiter Sicherheit bedeuten daher die Ergebnisse der Hamburger Tagung einen erfreulichen Schritt vorwärts.

Das Feld der Bildung

Von Prof. Dr. Carlo Schmid

Auszug aus der in der 75. Sitzung des Deutschen Bundestages gehaltenen Rede.

Uns fehlen Tausende von Ingenieuren, uns fehlen Tausende von Lehrern, uns fehlen immer mehr Menschen, deren Bildung den Problemen dieser Zeit gerecht werden könnte. Fast in der ganzen Welt wird dieser Aufgabenbereich gleichgesehen. In der östlichen Welt versucht man, was nützt, mit anderen Methoden zu bewältigen als in der westlichen. Die Zielrichtung aber ist auf beiden Seiten die gleiche. Sie lautet: Wie werden wir fertig mit all dem, was durch die technischen Umwälzungen, die Notwendigkeit, den Menschen Raum zur Weiterentfaltung ihrer Vermögen zu schaffen, an Unbewältigtem auf uns zugekommen ist?

Was haben da andere Länder getan? In der Sowjetunion werden im Jahre 1960 rund hunderttausend junge Naturwissenschaftler und Ingenieure die Hochschulen verlassen und zu denen hinzukommen, die heute schon da sind. Ich hatte Gelegenheit, vor einigen Monaten in Moskau mir den Betrieb - anders kann ich nicht sagen - einer solchen Universität anzusehen - ein Alpdruck von Marmor und allen möglichen kostbaren Hölzern und Bronzen, eine Lernfabrik, wenn Sie wollen. Ich möchte dort nicht studieren; aber ich möchte, dass unseren Studenten die Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten, die dort die Studenten haben. Solche Bibliotheken und Laboratorien für den Gebrauch der Studenten habe ich bei uns leider noch nicht gesehen. Und das lässt sich ändern, nur kostet es Geld.

Das Schulsystem ist dort nunmehr auf die zehnklassige allgemeine, sogenannte polytechnische Schule abgestellt, durch die in der Tat gleiche Bildungschancen geschaffen worden sind und auch die letzte Begabung noch erfasst und nutzbar gemacht werden kann. Ich gebrauche das Wort "nutzbar" für jene, die meinen, nur, was sich auszahlt, sei auf dem Gebiet des Bildungswesens wert, dass man dafür bezahle.

In den Vereinigten Staaten von Amerika werden 1960 etwa 30 000 Naturwissenschaftler und Ingenieure die Hochschulen verlassen, - ein Drittel. Um in dem Wettbewerb mit dem anderen Giganten nicht zu unterliegen, will man dort bis 1970 die Zahl der Hochschulen verdoppeln. Auch das allgemeine Schulsystem soll einem grundlegenden Wandel unterzogen werden.

Lehrkräftemangel

Nun einige Zahlen aus unserem Lande. Ich entnehme sie einer sehr verdienstvollen Denkschrift des Bundesministeriums des Innern. Im März 1957 wurde in dieser Denkschrift vermerkt, dass im Herbst 1956 bei uns tätig waren rund 75 000 Diplomingenieure, rund 53 000 Ingenieure und rund 133 000 Techniker. Der voraussichtliche Bedarf im Jahre 1970 wird nach dieser Denkschrift des Bundesministeriums des Innern aber 85 000 Diplomingenieure und 270 000 Ingenieure ausmachen - an Ingenieuren also das Fünffache dessen, was wir heute haben. Die Kapazität der Ingenieurschulen muss nach dieser Denkschrift - es ist der Bundesminister des Innern, oder es sind seine Sachbearbeiter, die sprechen! - bis 1970 um 60 Prozent auf dem Gebiet des Maschinenbaus, um 100 Prozent auf dem Gebiet der Elektrotechnik erhöht werden. Das erfordert einen Neubau von

20 Ingenieurschulen zu je fünf Lehrgängen. Dabei sind die Techniker im engeren Sinne des Wortes nicht mitgerechnet, die heute für ihre Weiterbildung nur Abendschulen zur Verfügung haben. Das ist jedoch zu wenig; da muss man auch auf diesem Geschoss einen zweiten Bildungsweg schaffen, und auch das wird Geld kosten.

Ein zweiter Inventurposten sind die Lehrer, und das wird, glaube ich, noch deutlicher, an welchem Abgrund wir stehen. Die Gesamtzahl der Lehrer an öffentlichen und privaten Schulen betrug 1956 169 545, darunter 11 717 Mittelschullehrer und 36 828 Lehrer an höheren Schulen. Professor Heckel in Frankfurt, einer der besten Kenner des Problems hat berechnet, dass im Januar 1958 bei unveränderter Schulorganisation, also auch dann, wenn wir unsere Grundschule nicht aufstocken, ein ungedeckter Bedarf von rund 7 000 Lehrern bestanden hat, und zwar reiner Nachholebedarf, wobei der verstärkte Abgang älterer Lehrer in den nächsten Jahren nicht berücksichtigt ist. Wenn wir das 9. Schuljahr allgemein einführen - und es muss eingeführt werden! - werden wir zu den 7 000, die uns noch fehlen, einen zusätzlichen Bedarf von 11 500 Lehrern haben. Weitere 1 500 Lehrer werden wir brauchen, um die gewerblichen Fachschulen und Ingenieurschulen auf den Stand zu bringen. Für die Erweiterung der höheren Schulen werden wir ausserdem noch 7 000 Lehrer brauchen. Senken wir die Klassenfrequenzen, die heute noch unerträglich sind, auf 35 Schüler pro Klasse in der Volksschule, dann ergibt das einen Mehrbedarf von 16 000 Lehrern. Wenn wir das 10. Schuljahr einführen -, brauchen wir weitere 10 000 Lehrer. Das macht nach Professor Heckel insgesamt einen Mehrbedarf von 53 000 aus.

Pflichtstunden

Die Lehrerverbände verlangen, dass die Pflichtstunden um ein Viertel gesenkt werden. Ich glaube, sie verlangen es zu Recht, nicht so sehr um ihrer selbst willen als um der Schüler willen, die von ermüdeten Lehrern nicht richtig unterrichtet, geschweige denn gebildet werden können. Der französische Studienrat hat eine Pflichtstundenzahl von 13 Stunden in der Woche. Nun, das zahlt sich für die Schüler aus. Wir werden wahrscheinlich aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht dahin kommen, die Pflichtstunden um ein Viertel zu senken. Wir sollten aber wenigstens zu etwas anderem kommen.

Heute beginnen jährlich ganze 6 000 Menschen ein Studium an lehrerbildenden Anstalten. Das reicht nicht einmal aus, um den jährlichen Nachwuchsbedarf von 7 000 Lehrern zu decken. Ich glaube, dass diese Zahlen für sich sprechen und dass hier kein Widerspruch laut werden wird, wenn ich sage, dass die Beseitigung des Lehrermangels zu unseren dringendsten Aufgaben gehört.

In diesem Hause sind viele Pläne beraten worden, Grüne Pläne und andere Pläne, alle haben Geld gekostet. Sollte es nicht möglich sein, auch einen Lehrerplan zustande zu bringen? Das wäre sogar volkswirtschaftlich ebenso angebracht wie die anderen sehr wichtigen und notwendigen Pläne.

Die Krise der UNR

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Am 25. und 26. Juli tagt zum ersten Mal der "Landesrat" der gaullistischen Regierungspartei UNR unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Wenn sich die Hälfte aller gaullistischen Abgeordneten, Senatoren und "Wirtschaftsräte" (insgesamt 270) und ebensoviel Delegierte der Lokalorganisationen wohl "hinter verschlossenen Türen" versammeln, weiß man doch sehr gut, daß die inneren Auseinandersetzungen täglich schärfer werden und daß jetzt der Ausbruch einer offenen Krise verhindert werden soll.

Zu diesem Zweck ist die Zahl der Zentralkomitee-Mitglieder verdoppelt worden, und es wurde außerdem eine "Ständige Kommission" von fünf Mann geschaffen, um dem stark umstrittenen Generalsekretär Chalandon beizustehen. Gegen ihn richten sich die wütenden Angriffe vor allen der äußersten Rechten der UNR: Soustelle wirft ihm vor, in der Algerien-Frage zu lau zu sein, Léon Delbecque, die graue Eminenz während des Mai-Putsches in Algier, macht dem Generalsekretär seine angeblich zu wenig straffe Parteauffassung zum Vorwurf. Auch in dem engeren Führungsausschuß ist die Stellung Chalandons bedroht: ihm stehen wohl noch die gemäßigten Gaullisten Neuwirth und Mascenet bei, doch hat er andererseits Delbecque und Picard gegen sich.

Bereits dreimal in einem einzigen Monat mußte der Rücktritt Chalandons dementiert werden. Er will jetzt bis zum 1. Parteitag der UNR durchhalten, der erst für Oktober oder November angekündigt ist. Nicht dementiert wurden die offenen Drohungen Neuwirths, die UNR aus Protest gegen die Bevorzugung der Soustelle-Laute zu verlassen; diese sind nämlich eine Minderheit unter den gaullistischen Parlamentsabgeordneten, setzten es aber durch, mehr als die Hälfte der gaullistischen Fraktion in dem neuen Super-Senat der "Französischen Gemeinschaft" zu stellen.

Die Geheimtagung der gaullistischen Regierungspartei wird sich auch mit den Beziehungen zwischen Parlamentsfraktion und Regierung Debré zu befassen haben: hat man doch kürzlich erlebt, daß die gaullistischen Parlamentarier, zur Besänftigung ihrer Wähler, eine Erhöhung der Familienunterstützungen vorschlagen wollten, die dann von Debré, ohne die Abgeordneten der eigenen Partei überhaupt zu verständigen, durch ein Dekret erhöht wurden, um die Massenunzufriedenheit einzudämmen.

Hintergrund der inner-gaullistischen Auseinandersetzungen sind die verschiedenen "Auslegungen" der sogenannten "gaullistischen Doktrin", verschiedene "Deutungen" der Äußerungen und Reden des Staatschefs. Die Krise der übermäßig aufgeblähten und auf einem Mythos beruhenden französischen Regierungspartei ist eine Folge der allgemeinen sozialen und politischen Spannungen in dem neuen französischen System.

Quo vadis Castro ?

ED. - Regierungschef Fidel Castro hat einen entscheidenden Kampf um die Behauptung der Macht gewonnen. Der erzwungene Rücktritt des Staatspräsidenten Urrutria und die Säuberung in den Kommandostellen der kubanischen Armee haben zur Stunde alle Kräfte mattgesetzt, um die sich möglicherweise ein Widerstand gegen den Bürgerkriegshelden Castro hätte kristallisieren können. Die Revolution, die als Attacke gegen den Diktator Bastista ohne allzu sichtbare soziale oder politische Zielrichtung begann, hat in den letzten Monaten bestimmte radikale Leitbilder aufgestellt, zu denen unter anderem auch eine großangelegte Bodenreform gehört. Es konnte nicht ausbleiben, daß allmählich jene Kreise Fidel Castro ihre Treue aufsagten, die eine wirtschaftliche Schwächung ihrer Stellung durch die Aktionen des neuen Regimes fürchten mußten. Ebenfalls kritisch und reserviert blieben die anfänglich sehr enthusiastischen Kaufleute von Havanna, deren jahrelange Geldspenden den Castro-Rebellen ein Durchhalten ermöglicht hatten. Es ist sehr viel behauptet worden, Castro sei eine Marionette der kubanischen Kommunisten und somit im Begriffe, eine Gefahr Nr. 1 für die Sicherheit der USA im karibischen Raum zu werden. Nun, dies stimmt keinesfalls. Der Einfluß der KP ist sehr gering, und nur ein kleiner Teil, zumeist untergeordneter Stellen, ist von ihren Parteigängern besetzt. Man geht nicht fehl in der Aussage, daß der Typ der Revolution Fidel Castros sich keineswegs in die gängigen Schemata von links, rechts, anti-amerikanisch, pro-russisch einordnen läßt. Sie ist für die mittel- und südamerikanische Welt etwas vollkommen Neues. Im Gegensatz zu anderen Putschen und Aufständen südlich des Rio Grande beruhte sie von Anfang an auf einer Massenbasis. Nicht die Armee besorgte den Untergang des Diktators, sondern die Partisanen der Castro-Bewegung. Und es ist darum keinesfalls ausgeschlossen, daß ein großer Teil der in den letzten Wochen zutage getretenen Unzufriedenheit bei den Kadern der Armee auf diesen Umstand zurückzuführen ist.

Von entscheidender Wichtigkeit aber wird der Versuch Castros sein, die Bodenreform durchzuführen, die sehr wohl das Bild der Insel von Grund auf ändern kann. Und dies nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Die demokratischen Einrichtungen der Insel, die erst mühsam geschaffen wurden, stehen einer neuen Belastungsprobe gegenüber, denn die Aktionen, mit denen Veränderungen sozialer Art erzwungen werden sollen, könnten der Demokratie in Cuba den Garaus bereiten. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel